Nr 362 • Ausgabe B Nr. 165
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 362

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 6 August 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Einzug der Ententetruppen in Budapest.

Franzosen, Engländer und Amerikaner.

Wien, 6. August. (W. T. B.)

Die Blätter melden aus Budapest: Die Verhandlungen mit bürgerlichen Politikern führten bisher zu keinem Ergebnis. Die Bürgerlichen lehnen es gegenwärtig ab, in das Kabinett einzutreten, sie wollen das Ergebnis der Wahl abwarten. Der Vertreter der Landwirte, Szabo, erklärte seine grundsätzliche Bereitwilligkeit, in das Kabinett einzutreten. Gestern abend sind französische Truppen in Budapest eingezogen, heute Engländer unter Führung des Generals Gordon und amerikanische unter Hauptmann Ruß. Die „Neue Freie Presse" veröffentlicht Aeußerungen des Staatssekretärs des Szegediner Kriegsministeriums, Gömbös, über die militärischen Pläne der Szegediner Regierung. Gömbös erklärte, die Szegediner Regierung könne auch die neue Budapester Regierung nicht anerkennen und begleite deren Tätigkeit mit Mißtrauen. Sie nehme den Kampf gegen sie auf. Gömbös machte kein Hehl daraus, daß alle bisherigen gegenrevolutionären Versuche von Szegedin ausgingen.

Ungarn ohne Bahnverkehr.

Budapest, 5. August. (W. T. B.)

Nach einer Meldung des Ungarischen Korrespondenzbureaus hat der Ministerrat die Rückgabe sämtlicher, in Gemeinbesitz übernommenen Finanzinstitute, Unternehmungen und Betriebe, Fabriken und Geschäfte in das Privateigentum ausgesprochen. Auf sämtlichen Linien der ungarischen Staatsbahnen ruht der Personenverkehr. Von der Südbahn wird der Verkehr bloß auf Linie Stuhlweißenburg—Siofok—Nagy Kanizsa aufrechterhalten. Der Leiter der Wiener italienischen Mission, Prinz Borghese, hat mit den Vertretern der ungarischen Regierung verhandelt, zunächst mit dem Minister des Aeußeren Apostan und dann mit Kriegsminister Haubrich sowie mit dem Minister des Innern Peyer. Auch der englische General Gordon, der heute früh in Budapest eintraf, wurde zugegen. Der Oberstadthauptmann Dietz erklärte: Zurzeit wird die öffentliche Sicherheit bloß durch die sich in der Stadt bewegenden rumänischen Patrouillen aufrechterhalten. Wer nach der Sperrstunde, ohne Nachtarbeiter zu sein, auf der Straße angetroffen wird, wird verhaftet. Der Oberstadthauptmann hofft in einigen Tagen wieder eine Polizei zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe zu haben.

Amsterdam, 6. August. (T. U.)

Wie aus Paris berichtet wird, ist die französische Presse von dem Einzug der Rumänen in Budapest durchaus eingenommen. Das „Petit Journal" schreibt: „Die Rumänen sind treue Bundesgenossen, welche immer in vollkommener Uebereinstimmung mit der Entente gehandelt haben. Man kann daher erwarten, daß sie auf einen guten Rat, wenn ihnen ein solcher gegeben wird, hören werden. Vom allgemeinen Standpunkt aus betrachtet, kann die Besetzung von Budapest nur der Sache der Verbandsmächte von Nutzen sein. Sie ist eine Bürgschaft gegen eine Wiederholung der Offensive der Anhänger der Sowjets. Wenn die neue Regierung die demokratischen Prinzipien in acht nimmt und alle Bezeigungen mit den russischen Bolschewisten abbricht und die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt, dann kann sie überzeugt sein, daß die Entente ihr helfen wird, eine geordnete Verwaltung einzuführen. Der Fall Bela Kuns hat also den endgültigen Zusammenbruch der Sowjets in Ungarn zu bedeuten. Das ist ein vollständiger Sieg der Entente, welcher wohl bald einen Rückschlag auf Rußland haben dürfte."

Die Bedingungen der Rumänen für Ungarn.

Ungarischer Appell an die Entente.

(Telegramm.)

Wien, 6. August. (T. U.)

Wie aus Budapest gemeldet wird, sind der ungarischen Regierung die rumänischen Waffenstillstandsbedingungen unterbreitet worden. Rumänien verlangt Herabsetzung der ungarischen Armee auf 15 000 Mann. Stillegung oder Uebergabe der Munitionsfabriken und des Heeresgeräts, Auslieferung von 50 Prozent des Eisenbahnmaterials. Abgabe von 50 Prozent der landwirtschaftlichen Maschinen sowie Lieferung von 50 Prozent des Rindviehbestandes, 10 000 Wagen Mais und 35 000 Wagen anderes Getreide. Die Unterhaltung der rumänischen Besatzungsarmee geht zu Lasten Ungarns. Diese Bedingungen müssen widerspruchslos und ohne Einwände bis zum 15. August 2 Uhr nachmittags angenommen. Die ungarische Regierung hat sich gestern in einem Ministerrat mit diesen Bedingungen beschäftigt und beschlossen, sich angesichts der unerfüllbaren Forderungen an die Alliierten zu wenden. Gemäß diesem Beschluß wurden die rumänischen Forderungen dem englischen General Gordon in Abschrift zur Kenntnisnahme überreicht mit dem Bemerken, daß die ungarische Regierung nicht in der Lage sei, diese Bedingungen zu erfüllen. Aus diesem Grunde ersuche sie die alliierten Regierungen, das Schiedsrichteramt zu übernehmen und aus eigenem Ermessen eine Entscheidung zu treffen.

Die Abstimmung in der Weichselniederung.

Das Beamtenproblem. — Rasche Abstimmung.

Von unserem Sonderberichterstatter

Dr. Paul Michaelis.

Marienburg, 4. August.

Nach dem Artikel 96 des Friedensvertrages haben die Einwohner der Kreise Stuhm und Rosenberg, des östlich der Nogat liegenden Teils des Kreises Marienburg und des östlich der Weichsel liegenden Teils des Kreises Marienwerder darüber abzustimmen, ob sie zu Polen oder zu Ostpreußen gehören wollen. Es muß dazu bemerkt werden, daß dieses Gebiet bisher zu Westpreußen gehörte, aber es wird allerdings nichts anderes übrig bleiben, als daß es zu Ostpreußen geschlagen wird, da es durch den breiten polnischen „Korridor" vom übrigen Reich abgeschnitten wird. Von Westpreußen bleiben ja überhaupt nur noch Fetzen im Westen und Osten übrig; der weitaus größte Teil dieser Provinz wird polnisch. Trotzdem wäre es vom deutschen Standpunkt aus unerwünscht, wenn selbst der Name Westpreußen in der Verwaltung ausgelöscht werden sollte. Es ist möglich und notwendig, ihn beizubehalten.

Weshalb in den obengenannten Gebieten überhaupt abgestimmt werden soll, wäre unerfindlich, wenn man nicht die Absicht der Entente berücksichtigte, das Deutsche Reich so klein und Polen so groß als möglich zu machen. Denn an dem deutschen Charakter der Weichselniederung ist ebenso historisch wie ethnographisch nicht zu zweifeln. Wer diese Landschaft, wie sie sich heute darbietet, besucht, der darf sich nicht bloß des hoch kultivierten fruchtbaren Bodens und der verheißungsvollen Ernte freuen, sondern noch mehr des kerngesunden und kerndeutschen Volksstamms, der ihn besitzt, weil er ihn sich selbst erkämpft und erarbeitet hat. In den hübschen Ortschaften des Gebiets, die soviel Behaglichkeit und besonnenes Selbstbewußtsein atmen, trifft man auf zahlreiche Zeugen einer großen und ruhmreichen Vergangenheit. Marienburg mit seinem Ordensschloß, diesem unvergleichlichen Kleinod deutscher Baukunst, steht nicht allein. Die große Domanlage in Marienwerder kann sich gewiß nicht mit ihm messen, aber sie reicht in ihrer überwältigenden Kraft allein aus, eine Vorstellung von der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Macht des deutschen Ritterordens zu geben. Und überall, im nahen und fernen Umkreis, in Thorn, Graudenz, Kulm Stuhm und zahlreichen anderen Orten, trifft man auf mehr oder weniger gut erhaltene Reste einstiger Ordensburgen. Dabei handelt es sich hier nur um einen kleinen Ausschnitt der Ordenstätigkeit. Sie reichte weit über West- und Ostpreußen hinaus nach Litauen, Kurland und Livland, wie man während des Krieges zu sehen Gelegenheit hatte.

Daß dieses rein- und urdeutsche Marienburg darüber abstimmen soll, ob es deutsch bleiben oder polnisch werden will, kennzeichnet den ganzen Geist, von dem der Friedensvertrag erfüllt ist. Und wie Marienburg selbst, so weisen auch die übrigen in Frage kommenden Kreise eine überwiegend deutsche Bevölkerung auf. Stärker ist das polnische Element nur im Kreise Stuhm vertreten. Hier wurden bei der letzten Volkszählung 15 585 Polen ermittelt, denen 20 928 Deutsche gegenüberstanden. Dagegen ist das Verhältnis in Marienwerder 40 465 Deutsche zu etwa 10 000 Polen und im Kreise Rosenberg gibt es überhaupt nur 3428 Polen neben 50 192 Deutschen. In diesem ganzen Kreise ist kaum ein polnischer Besitzer zu finden, und auch in den anderen Kreisen zeigt die ganze Wirtschaftsart, selbst dort, wo die Polen geschlossener sitzen, das Bild deutscher Art. Bei einer unbeeinflußten Abstimmung ist denn auch nicht im entferntesten an eine Mehrheit für Polen zu denken. Aber die Deutschen sollten sich deshalb nicht in Sicherheit wiegen. Es wäre für sie bedenklich, ja würde als Niederlage empfunden werden müssen, wenn ihre Ueberlegenheit nicht auch zahlenmäßig zum überwältigenden Ausdruck käme. Schon jetzt findet eine starke Rückwanderung der polnischen Bevölkerung aus den westlichen Industriegebieten in die Abstimmungskreise statt. Alle Personen über 20 Jahre, die in der Zone geboren sind, können in ihrer Heimatsgemeinde mit abstimmen. Deshalb darf sich niemand verdrießen lassen, an der Abstimung teil zu nehmen. Je zahlreicher die deutschen Stimmen sein werden, um so bestimmter kann darauf gerechnet werden, daß die Weichselniederung in deutscher Hand bleibt. Der Entente kommt es in erster Linie auf bis Weichsel selbst an. Am Artikel 97 wird denn auch bestimmt, daß die volle und uneingeschränkte Ueberwachung des Stromes einschließlich seines östlichen Ufers in der für die Regulierung und Meliorationsarbeiten erforderlichen Tiefe Polen zugesprochen werden muß. Diese Bestimmung ist bindend, aber sie sollte nicht zum Vorwand weiterer Annexionen benutzt werden, denn gerade die Ortschaften in der Weichselniederung sind rein deutsch. Die gegebene Linie für die Ueberwachung der Weichsel kann sich deshalb auch nur den Deichen auf beim rechten Ufer anschließen. Es wird von dem Ergebnis der Abstimmung abhängen, ob es bei dieser Grenze sein Bewenden hat.

Eine kaum zu überwindende Schwierigkeit in den Abstimmungsgebieten muß in der Entbläßung von Beamten erblickt werden. Es wird ganz allgemein bestimmt, daß binnen längstens 14 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages die deutschen Truppen und Behörden die Zone zu verlassen haben. Gegen die Zurückziehung des Militärs, so bedenklich diese Maßnahme auch für die öffentliche Sicherheit werden kann, ist nichts zu sagen. Bei den Beamten liegen die Dinge aber anders. Es geht unmöglich an, die Verwaltungstätigkeit völlig zum Stillstand zu bringen, das wäre gleichbedeutend mit Anarchie. Man wüßte auch gar nicht, wie der fünfgliedrige internationale Ausschuß seine Aufgabe er-

Ratifizierung in Frankreich am 3. September.

(Telegramm.)

Versailles, 5. August.

Der Friedensausschuß der Kammer trat heute nachmittag zusammen und hörte den Bericht des Generalberichterstatters Barthou. Nach dem „Temps" umfaßt der Bericht etwa 50 Druckseiten und empfiehlt, abgesehen mit einigen Vorbehalten, die Ratifizierung des Friedensvertrages. Der Berichterstatter habe sich bemüht, die Ausführungsgarantien zu benennen, die nach seiner Ansicht die Regierung verlangen müsse. In besonders interessanter Weise habe er sich über die Schuldfrage geäußert und die Verantwortlichkeiten für den Krieg festgestellt. „Temps" glaubt, daß die Debatte im Plenum am 25. August beginnen und daß die Abstimmung am 3. September erfolgen werde. Um die Ratifizierung zu beschleunigen, habe der Friedensausschuß der Kammer dem Friedensausschuß des Senats alle Berichte übermittelt, die die Regierung dem Ausschuß schriftlich oder mündlich durch ihre Vertreter habe geben lassen.

Amerika und die Frage der Kriegsentschädigung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 5. August.

Bei der Besprechung des Friedensvertrages vor der Kommission des amerikanischen Senats erklärte der Finanzsachverständige der Friedensdelegation, Baruch, daß die Frage, ob die Vereinigten Staaten an der allgemeinen Kriegsentschädigung, die Deutschland zu zahlen habe, teilnehmen würden oder nicht, noch offen sei. Wilsons Erklärung, daß die Vereinigten Staaten keinerlei materielle Ansprüche dieser Art zu machen wünschten, sei rein persönlich. Mit dieser oft von ihm wiederholten Erklärung hat Wilson bisher bekanntlich den Eindruck erweckt, daß Amerika von völlig uneigennützigen und idealen Gesichtspunkten in diesem Kriege geleitet würde. Da der Umfang der deutschen Kriegsentschädigung noch nicht festgelegt ist, bleibt nach der Mitteilung Barochs die Möglichkeit offen, daß Amerika irgendwann ebenfalls mit Entschädigungsansprüchen hervortritt. Baruch erklärte weiter, daß auf der Friedenskonferenz angeregt wurde, ein Clearinghouse für die Abrechnung der wechselseitigen, auf die Vorkriegszeit zurückgehenden Schulden zwischen den Alliierten und Deutschland zu schaffen. Dies wurde aber von Amerika abgelehnt, um dem Kongreß freie Hand zu lassen. Baruch erklärte, wahrscheinlich würde die gegenseitige Aufrechnung der Schulden zwischen Deutschland und Amerika einen Ueberschuß zugunsten Amerikas ergeben. Dieser Ueberschuß würde zur Verfügung des Kongresses stehen, anstatt, wie vorgeschlagen, in eine gemeinschaftliche Kasse der Alliierten zu fließen, aus der man dann die ärmeren Nationen hätte unterstützen können.

Harmsworth über das angebliche englische Friedensangebot.

(Telegramm.)

London, 6. August. (Reuter.)

Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage über die Erklärung Erzbergers in Weimar, betreffend ein Friedensangebot, das die Alliierten Deutschland im August 1917 gemacht haben sollen, sagte Harmsworth, die Erklärungen Erzbergers in Weimar seien keine genaue Darstellung der Tatsachen. Harmsworth schilderte die Vorgänge im einzelnen und sagte, es sei klar, daß die britische Regierung zu jener Zeit keine Angebote gemacht habe.

Der Eintritt der Schweiz in den Völkerbund.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

J. Bern, 5. August.

Der Verfassungsartikel betreffend die Aufnahme der Schweiz in den Völkerbund, der der Bundesversammlung bei ihrer nächsten Tagung im September zur Annahme vorgelegt werden wird, lautet folgendermaßen: „Die Schweiz tritt dem Völkerbundvertrage bei, der am 28. April 1919 von der Pariser Friedenskonferenz angenommen worden ist und den ersten Teil des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages der alliierten und assoziierten Mächte mit Deutschland bildet. Für die Ratifizierung der in Artikel 26 des Völkerbundsvertrages vorgesehenen Revisionsbeschlüsse sowie für den Genehmigung kommen die von der Bundesverfassung für die Genehmigung von Staatsverträgen aufgestellten Bedingungen zur Anwendung. Beschluß über Kündigung des Völkerbundvertrages oder über Rücktritt von diesem sind dem Volk und den Ständen zur Abstimmung vorzulegen." Nachdem die Bundesversammlung ihr Votum abgegeben haben wird, findet eine allgemeine Volksabstimmung und eine Abstimmung der Stände, das heißt der Kantone, statt. Erst dann ist die Entscheidung endgültig.

Die erste Ruhrkohle in Frankreich.

(Telegramm.)

Amsterdam, 6. August. (W. T. B.)

Der „Telegraaf" meldet aus Paris vom 5. August: Heute ist die erste Ladung Steinkohle aus dem Ruhrgebiet in Frankreich angekommen.